

Beratungsangebot ist gefährdet

Dem Kanton Graubünden droht der **Verlust des Beratungsangebots Arbeit und Beruf** der Frauenzentrale Graubünden. Der Bund stellt die **Finanzhilfen** für die Fachstelle ab 2019 ein. Nun erhält sie Unterstützung aus dem **Grossen Rat**.

► NADJA MAURER

J

«Just zum Zeitpunkt des zwanzigjährigen Bestehens des Gleichstellungsgesetzes wird ein wesentlicher Artikel des Gleichstellungsgesetzes, für den viele Frauen gekämpft haben, faktisch ausser Kraft gesetzt.» In einem offenen Brief von Mitte Juni wehren sich elf betroffene Beratungsstellen in der Schweiz, die mit Finanzhilfen nach Gleichstellungsgesetz dem Bund unter anderem die Möglichkeit, private Institutionen, die Frauen im Erwerbsleben Beratung und Information bieten sowie die Wiedereingliederung von Frauen und Männern fördern, Finanzhilfen zu gewähren.

Diese Mittel werden nun schrittweise eingestellt, ab 2019 ist ganz Schluss. Diesen Entscheid hatte das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) von Bundesrat Alain Berset Anfang April dieses Jahres bekannt gemacht. Stattdessen will das EDI die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Verwirklichung der Lohngleichheit direkt in den Unternehmungen fördern. Erst letzte Woche unterbreitete der Bundesrat dem Parlament den Vorschlag, zusätzliche 100 Millionen Franken für die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Verfügung zu stellen. Das EDI ist ausserdem der Ansicht, dass die Dienstleistungen der elf Beratungsstellen mittlerweile von den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren oder von den kantonalen Berufsberatungsstellen angeboten würden.

100 000 Franken gestrichen

Die Frauenzentrale Graubünden, die seit 1997 mit der Fachstelle Arbeit und Beruf Rechtsberatung und Begleitung im Arbeits- und Gleichstellungsrecht anbietet, wurde bislang mit rund 100 000 Franken pro Jahr vom Bund mit Finanz-



Seit 20 Jahren berät und begleitet die **Frauenzentrale Graubünden** in Angelegenheiten rund um das Arbeits- und Gleichstellungsrecht. (YB)

hilfen unterstützt, wie von Stellenleiterin Annetta Simeon zu erfahren war. 25 000 Franken jährlich gab es in den letzten Jahren zudem vom Kanton. Wohlgermerkt werden diese Mittel auch für die Öffentlichkeitsarbeit sowie für Informations- (beispielsweise Schulungen) und Sensibilisierungsarbeit (wie das Lohnmobil) eingesetzt. Zudem steht hinter dem Beratungsangebot der Frauenzentrale mit Simeon nicht nur eine Juristin, sondern eine ganze Institution mit Geschäftsstelle und Vorstand.

Mit den Mitteln von Bund und Kanton konnte die Frauenzentrale die Beratungen – es sind laut Simeon durchschnittlich 140 beratene Personen im Jahr und insgesamt 350 Beratungsstunden – bislang kostengünstig anbieten. Dies sowie

die Niederschwelligkeit des Angebots seien wichtige Punkte, denn «wir ziehen nicht die reichen Leute an, sondern jene, die in Branchen mit tiefen Löhnen arbeiten und sich bei auftretenden juristischen Problemen oft nicht oder nur ungenügend zur Wehr setzen können», so die Stellenleiterin. Ohne die Bundesgelder jedoch müsste die Frauenzentrale die Beratungen zumindest kostenneutral anbieten, was Tarife zwischen 150 bis 200 Franken pro Stunde bedeuten würde. «Das wollen wir nicht, denn so schliessen wir einen Teil der Bevölkerung aus.»

Bedauern über den Entscheid des Bundes ist auch von Silvia Hofmann, Gleichstellungsbeauftragte des Kantons Graubünden, zu hören. «Beim Beratungsangebot der Frauenzentrale handelt es sich um ein

sehr traditionsreiches und niederschwelliges Angebot, das speziell auf Frauen ausgerichtet ist, die sonst keine massgeschneiderte Beratung nach Gleichstellungsgesetz erhalten», erklärte sie. Das Angebot sei auch eine Errungenschaft der Frauenbewegung in Graubünden. «Es ist völlig unklar, woher die Frauenzentrale so viel Geld generieren will, um das Beratungsangebot auf diesem Niveau weiterbetreiben zu können», konstatierte Hofmann.

Kann der Kanton einspringen? Grundsätzlich nein, sagte Andrea Stadler, Departementssekretärin des Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartements (Ekud). Ziehe der Bund seine Subventionen zurück oder reduziere er diese, tue dies in der Regel auch der Kanton. Im konkreten Fall aber habe man departementsintern einen Vorentscheid getroffen, liess Stadler wissen. So werde der Kanton das Angebot weiterhin mit jährlich 25 000 Franken unterstützen – vorausgesetzt, der Grosse Rat werde den Kredit genehmigen. Die vierjährige Leistungsvereinbarung mit der Frauenzentrale läuft Ende dieses Jahres ab. Mehr Mittel, so Stadler, stünden dem Kanton nicht zur Verfügung. Es sei denn, der Grosse Rat würde mehr Geld sprechen. «Das ist in den letzten Jahren beim Budget aber nur in ganz wenigen Ausnahmen geschehen», betonte sie. Zuletzt vor zwei Jahren, als der Grosse Rat für die Kultur eine halbe Million Franken mehr beschlossen hatte.

Grossrätin prüft auch Vorstoss

Unterstützung aus dem Bündner Parlament ist der Frauenzentrale gewiss. Wie von SP-Grossrätin Sandra Locher Benguerel zu erfahren war, steht sie mit den Verantwortlichen in Kontakt. Es würden derzeit Abklärungen und Gespräche durchgeführt. «Wir loten alle Möglichkeiten aus, wie das Angebot aufrechterhalten werden kann», so Locher. Dazu gehöre auch das Prüfen einer parlamentarischen Initiative. «Wir dürfen nicht aufgeben, denn der Wegfall dieser Fachstelle wäre eine Dienstleistungs- und Angebotseinbusse für die Menschen in Graubünden. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Lücke nicht entsteht», betonte sie.

IG Tujetsch: Dialog statt Einsprachen

Gestern hat die Interessengemeinschaft (IG) der **auswärtigen Zweitwohnungsbesitzer** von Tujetsch ihre erste Generalversammlung abgehalten. Die **Startbilanz fällt positiv aus**.

SEDRUN Am Samstag zum zweiten Mal ein von der Gemeinde organisierter geselliger Anlass mit Wanderung und Gesprächen, gestern Sonntag die erste Generalversammlung des Vereins: Die IG Tujetsch unter dem Präsidium von alt Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi (Zürich) hat ein ereignisreiches Wochenende hinter sich. Gut 300 Mitglieder hat die im September 2015 gegründete IG mittlerweile, «Tendenz steigend», so Müller-Hemmi, immerhin gebe es bei total rund 1000 Tujetscher Zweitwohnungen im Besitz von Auswärtigen noch weiteres Potenzial nach oben. Die hohe Mitgliederzahl sei auch eine Bestätigung der Absicht, die die IG verfolge: In erster Linie auf den konstruktiven Dialog mit der Gemeinde zu setzen. «Das zeigt: Es kann auch anders gehen. Wir wollten nicht mit Einsprachen gegen die neuen Taxen vorgehen, wir nehmen sie als gegeben.» Ein zentrales Ziel, das man im ersten Vereinsjahr bereits erreicht habe: «Wir konnten uns wirklich Transparenz verschaffen über die Einnahmen und Ausgaben im Bereich der Taxen» – damit habe man die Basis für einen Dialog auf Augenhöhe.

Loipe wird für Gästekartenbesitzer gratis

Unter anderem weiss die IG heute, dass die Zweitwohnungsbesitzer im Rahmen des Tourismustaxengesetzes rund 750 000 Franken im Jahr bezahlen. Das sind in Tujetsch laut Müller-Hemmi etwa 70 Prozent der Einnahmen aus diesem Gesetz. «Für uns ist das eine wichtige Arbeits- und Diskussionsgrundlage.» Die IG wünscht unter anderem, dass ein essenzieller Teil der Einnahmen zugunsten der Zweitwohnungsbesitzer verwendet wird. Natürlich gehe man zudem davon aus, dass die Taxen vor der Verhandlung stabil bleiben würden. «Sollte es dereinst Gründe geben, sie zu erhöhen, erwarten wir den Einbezug der IG in die Diskussion.» Einen Pflöck habe man auch bereits einschlagen können bezüglich Gegenleistung der Gemeinde in der Wintersaison: Die Benutzung der Langlaufloipe im Tal werde in Zukunft Teil der Gästekarte sein. Sehr gut sei die Zusammenarbeit mit dem Gemeindepräsidenten Beat Roeschlin, sagt Müller-Hemmi. Man werde auch mindestens vier offizielle Treffen zwischen IG und Gemeinde pro Jahr haben. (JFP)

Camping Gravas wird an neue Pächter vergeben

LENZERHEIDE Der Camping Gravas auf der Lenzerheide erhält neue Pächter. Per 1. November 2016 übernehmen die Gebrüder Christoph und Alexander Nadig aus Lantsch/Lenz den Camping mit 30 Stellplätzen und 80 festen Plätzen. Die Bürgergemeindeversammlung wurde am Freitag über den Entscheid des Bürgerrates informiert, wie Präsident Marcus Lenz gestern auf Anfrage sagte.

Die Bürgergemeinde Vaz/Obervaz hatte den Camping neu ausgeschrieben, nachdem der Vertrag mit dem langjährigen Pächter Touring Club Schweiz (TCS) gekündigt worden war. Die Neuvergabe hatte für Kritik gesorgt (BT vom 18. April, siehe



Der **Camping Gravas** befindet sich in einem Wäldchen mitten im Dorf. (FOTO OLIVIA ITEM)

auch Leserbrief Seite 2). Unter den Bewerbern war auch die Familie Frischknecht, die den Camping Gravas seit 1952 in der zweiten Generation führt. Ihr Projekt für die vom Bürgerrat gewünschte Neuausrichtung des Campings konnte sich laut Lenz allerdings nicht durchsetzen. Die Vergabe sei nach klaren Kriterien erfolgt. Nun werde die Zonenplanänderung in Angriff genommen für die Erweiterung des Campings. Diese beinhaltet auch eine Verlegung der 30er-Zone-Strasse, die durch den Campingplatz führt. Bis 2020 würden notwendige Sanierungsarbeiten auf dem Camping anstehen. Laut Lenz beträgt das Kostendach rund 70 000 Franken. Nach 2020 soll der Camping neu ausgerichtet werden. Dieses Projekt werde nun aufgegleist. (NM)

Änderungen in der Agrarpolitik gefordert

Im Rahmen der **Forumsveranstaltungen des Klosters Disentis** sprach **Markus Ritter**,

Präsident des Schweizer Bauernverbandes und Nationalrat, zur Landwirtschaft und deren Herausforderungen.

Zur Begrüssung im Peter-Kaiser-Saal des Klosters führte Pater Pirmin Gnädinger aus, Markus Ritter sei nicht der grösste Bauer in der Schweiz, aber der höchste als Präsident des Schweizer Bauernverbandes (SBV). Dieser habe in einem gewissen Sinn die Aufgabe eines Schafhirten, der seine Herde zusammenhalten müsse. Markus Ritter betonte in seinen Ausführungen, wie wichtig es sei, die Landwirtschaft in einer Richtung zu bewegen, um gemeinsam Positionen einzubringen. Je geschlossener man vorgehe, desto grösser seien die Aussichten auf Erfolg.

Starker Strukturwandel

Es habe in der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten ein starker Strukturwandel stattgefunden. Zählte man im Jahr 1990 noch über 90 000 Betriebe, so nahm diese Zahl bis im Jahr 2015 auf 53 000 ab. Die mittlere Nutzfläche pro Betrieb

nahm demgegenüber von rund 11 Hektaren auf 19,4 Hektaren zu. Der Anteil der Landwirtschaft am Konsumentenfranken sei auf 30 Prozent gesunken, und die Wertschöpfung gerate immer stärker unter Druck. Die Landwirtschaft mit tierischer Produktion in der Schweiz sei grundsätzlich gut aufgestellt, Konsumenten und Gesellschaft hätten grosses Vertrauen in die Schweizer Produktion, und schliesslich gelte es, die mit der Landwirtschaft verbundenen gemeinwirtschaftlichen Leistungen zu erwähnen.

Bauern sind unzufrieden

Die Bewertung der Agrarpolitik falle aufgrund einer Umfrage bei den Bauernfamilien ungenügend aus, im Durchschnitt generell und auch in Detailpunkten. Es gebe bei der Beurteilung grosse Unterschiede, so Ritter. Das höhere Berggebiet käme beispielsweise zu einer positiven

Beurteilung, während im Tal die Ablehnung am grössten sei. Die häufigsten Kritikpunkte seien unter anderem: administrativer Aufwand, ungenügende und unvollständige Informationen, Unsicherheit bezüglich Anforderungen und zu kurze Anpassungszeit. Trotz hoher Unzufriedenheit wünschten fast 60 Prozent der Antwortenden mehr Stabilität in der nächsten Periode der Agrarpolitik.

Gemäss einer Vision des SBV und der Initiative für Ernährungssicherheit sollen Bauernfamilien mit ihrer Tätigkeit bei marktorientiertem Handeln und einer effizienten Bewirtschaftung ein Einkommen erzielen können, das mit dem Einkommen anderer Berufe vergleichbar ist. Auf Basis des bestehenden Marktpotenzials soll das Produktionsvolumen beibehalten, beziehungsweise aufgrund des technischen Fortschritts erhöht werden. Die Vielfältigkeit der Schweizer

Landwirtschaft gelte es zu erhalten, bekräftigt Ritter.

Sich unternehmerisch verhaltende Bauernfamilien sollen auf ausgeglichenen Märkten kostendeckende Produzentenpreise erzielen und einen angemessenen Anteil an der Wertschöpfung haben. Der administrative Aufwand müsse gering gehalten und eine angemessene Investitionssicherheit gewährt werden. Es gelte, das Wissenssystem in der Landwirtschaft in der Forschung, Beratung und Bildung zu stärken. Die Umsetzung dieser und weiterer Anliegen soll durch die Agrarpolitik 2022+, die Revision des Raumplanungsgesetzes und eine Verlängerung des Gentechnikgesetzes erfolgen. Damit sollen Perspektiven geschaffen werden für die Bauernfamilien und eine kommende Generation. «Die Zukunft wollen wir in diesem Sinn selber gestalten», schloss Markus Ritter mit seinen Ausführungen. GIERI DERMONT